

# Ruf nach Neuordnung der Bund-Länder-Finzen

## „Konvent für Deutschland“: Verfassungsrechtler Scholz findet Krippen-Kompromiss „hochproblematisch“

AP Berlin. Altbundespräsident Roman Herzog hat Bund und Länder beschworen, nach ihren Kompetenzen auch ihre Finanzbeziehungen gründlich neu zu ordnen. Der Beraterkreis „Konvent für Deutschland“ unter Vorsitz von Herzog mahnte gestern, ohne eine umfassende Föderalismusreform II wäre auch die erste Reform vergebens gewesen. Als Beispiel dafür, „wie brennend das Problem ist“, nannte der Verfassungsrechtler Rupert Scholz den jüngsten Kompromiss zur Krippenfinanzierung.

Beim Ausbau der Betreuungspätze für Kleinkinder beteiligt sich der Bund ungeachtet der Zuständigkeiten mit insgesamt 4 Mrd. € an den Investitions- und Betriebskosten. Dies halte er für „verfassungspolitisch hochproblematisch“, sagte Scholz, wenn auch die genaue Konstruktion noch nicht entschieden sei. Der stellvertretende Vorsitzende des Konvents, Klaus von Dohnanyi, zeigte sich zuversichtlich, dass für die Verteilung der Mittel ein verfassungsfester Weg gefunden werde. Die „Übergangslösung“ sei unter den heutigen Bedingungen tragfähig.

Für die anstehende Föderalismusreform II bietet die große Koalition mit ihrer verfassungsändernden Mehrheit nach Ansicht des Beraterkreises jetzt eine seltene Chance. „Die Situation ist so günstig wie nie“, betonte Herzog. Auch Ex-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement

appellierte an Bund und Länder, das ganze Vorhaben jetzt tatsächlich anzupacken. Zum politischen Handeln bleibe nicht mehr viel Zeit, mahnte er. „Es sind nur noch Monate.“ Gleichzeitig warnte die Runde davor, sich auf den Einbau einer Schuldenbremse zu beschränken. Dann hätte sich alles andere möglicherweise für nach müssten aber getroffen werden. In

längere Zeit erledigt, mahnte Clement. Herzog hob hervor, dass um der notwendigen Mehrheiten willen eine Finanzreform „nicht ohne Schonung“ vorangetrieben und beispielsweise der Solidarpakt II bis 2019 unangetastet bleiben solle. Grundsatzentscheidungen für die Zeit danach müssten aber getroffen werden. In

einem 13-Punkte-Papier fordert der Konvent unter anderem, dass die Länder alle ihnen zustehenden Steuern auch selbst regeln und auf Einkommen- und Körperschaftsteuer eigene Zu- oder Abschläge erheben dürfen. Herzog räumte ein, dass dies für die ärmeren Länder problematisch sei, die die Konkurrenz der Reichen fürchteten. Er appellierte aber an sie, sich der Verantwortung nicht zu entziehen. Die Sorge der Nehmerländer und des Ostens, am Ende wieder den Kürzeren zu ziehen, sei ein „großer Irrtum“, beteuerte Dohnanyi.

Der Finanzausgleich unter den Ländern soll abgeschafft und durch Bundesergänzungszuweisungen ersetzt werden. Zudem soll der Zielbegriff „Einheitlichkeit“ der Lebensverhältnisse auch in der Finanzverfassung durch „Gleichwertigkeit“ ersetzt werden. In Bundes- und Landesverfassungen soll ein mit Sanktionen belegtes Verbot der Neuverschuldung zumindest über Mehrjahreszeiträume festgeschrieben werden mit dem Ziel, in guten Jahren Geld zurückzulegen und es in schlechten auszugeben.

Angesichts der „dramatischen Entwicklung“ bei den Beamtenspannen fordern die Politiker, solche kommenden Lasten transparent darzustellen und die überkommene Verbeamtungspraxis zu überprüfen ([www.konvent-fuer-deutschland.de](http://www.konvent-fuer-deutschland.de)).



Klaus von Dohnanyi (links) zeigte sich zwar zuversichtlich, dass zum Krippen-Kompromiss eine verfassungsfeste Lösung gefunden wird. Insgesamt steht der Konvent unter dem Vorsitz von Altbundespräsident Roman Herzog (rechts) aber dringenden Handlungsbedarf bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen.